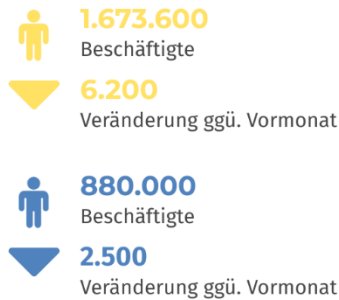


Arbeitsmarktbericht September 2026

Beschäftigung



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg ist im September gesunken. In Berlin waren 4.134 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im August, in Brandenburg 2.744. Die Arbeitslosenquote ging in beiden Ländern um 0,2 Prozentpunkte zurück, auf 10,4 Prozent in Berlin und 6,3 Prozent in Brandenburg. Saisonbereinigt blieb die Zahl der Arbeitslosen nahezu unverändert. Die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg spricht von einer leichten Herbstbelebung.

Die Bewegungen am Arbeitsmarkt nahmen im September saisonüblich an Fahrt auf. In Berlin fanden 15.677 Arbeitslose eine Beschäftigung, 13,9 Prozent mehr als vor einem Jahr; mehr als 15.500 Arbeitsaufnahmen in einem Monat gab es dort zuletzt im April 2015. In Brandenburg lagen die Arbeitsaufnahmen um 9,4 Prozent über dem Vorjahr. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sank gegenüber dem Vormonat in beiden Ländern, liegt aber weiterhin über dem Vorjahresniveau.

Im Vorjahresvergleich liegt die Zahl der Arbeitslosen in Berlin um 3.639 und in Brandenburg um 168 Personen höher. Die Langzeitarbeitslosigkeit stieg in der Region um 3,9 Prozent; ihr Anteil an allen Arbeitslosen beträgt 34,4 Prozent.

Zu den Arbeitsmarkt-Daten in Berlin und Brandenburg im September 2026 erklärt UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp:

„Das Wachstum in der Hauptstadtregion ist nicht stark genug, um den Arbeitsmarkt auf Touren zu bringen. Die Wirtschaft kriecht immer noch im zweiten Gang über die Straße. Für mehr Tempo fehlt dem Jobmotor die Durchzugskraft. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt,

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

dass dem Arbeitsmarkt die Dynamik fehlt: In Berlin gab es noch im Herbst 2024 rund 25.000 Arbeitsplätze mehr. In Brandenburg waren es 12.000 Stellen mehr.

Sichere Arbeitsplätze sind das A und O für eine handlungsfähige Regierung. Sie sorgen bei Steuer- und den Sozialkassen für sichere Einnahmen. Die Politik im Bund und in den Ländern hat es in der Hand, hier mit entschlossenen Reformen den Hebel umzulegen.“

Arbeitslosigkeit

Im September waren in der Hauptstadtregion 309.712 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind rund 6.900 weniger als im August (–2,2 %) und rund 3.800 mehr als im Vorjahresmonat (+1,2 %). Die Arbeitslosigkeit, der unter 25-Jährigen sank gegenüber dem Vormonat um 6,5 Prozent und liegt um 6,1 Prozent über dem Vorjahr.

- Berlin: 223.826 Arbeitslose (–4.134 zum Vormonat, +3.639 zum Vorjahr). Die Arbeitslosenquote liegt bei 10,4 % (–0,2 Prozentpunkte zum Vormonat, +0,1 Prozentpunkte zum Vorjahr).
- Brandenburg: 85.886 Arbeitslose (–2.744 zum Vormonat, +168 zum Vorjahr). Die Quote liegt bei 6,3 % (–0,2 Prozentpunkte zum Vormonat, unverändert zum Vorjahr).

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in beiden Ländern gesunken und liegt unter dem Vorjahresniveau.

- Berlin: Im Juli 2026 waren rund 1.673.600 Personen beschäftigt, etwa 2.600 weniger als ein Jahr zuvor (–0,2 %). Zum Vormonat sank die Beschäftigung um rund 6.200 Personen.
- Brandenburg: Die Beschäftigung lag im Juli 2026 bei rund 880.000 Personen und damit etwa 1.700 unter dem Vorjahresniveau (–0,2 %). Zum Vormonat sank sie um rund 2.500 Personen.

Stellenmarkt

In der Hauptstadtregion waren im September rund 42.900 gemeldete Stellen im Bestand. Das sind etwa 230 weniger als im August (–0,5 %) und rund 1.000 mehr als vor einem Jahr (+2,4 %). Neu gemeldet wurden in Berlin 5.149 Stellen (–574 zum Vormonat, +706 zum Vorjahr) und in Brandenburg 4.036 Stellen (–1.488 zum Vormonat, +308 zum Vorjahr).

- Berlin: 20.707 offene Stellen (+107 zum Vormonat, +33 zum Vorjahr).
- Brandenburg: 22.172 offene Stellen (–334 zum Vormonat, +959 zum Vorjahr).

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Bewegungen am Arbeitsmarkt

- Berlin: Im September meldeten sich 45.333 Personen neu arbeitslos, 49.466 Personen beendeten ihre Arbeitslosigkeit. Die Abgänge übersteigen die Zugänge damit um rund 4.100 Personen. 15.677 Personen nahmen eine Erwerbstätigkeit auf, 1.916 mehr als vor einem Jahr (+13,9 %). 13.150 Personen gingen in Ausbildung oder eine sonstige Maßnahme über (+73,3 % zum Vormonat).
- Brandenburg: Im September meldeten sich 15.405 Personen neu arbeitslos, 18.144 Personen beendeten ihre Arbeitslosigkeit. Die Abgänge übersteigen die Zugänge damit um rund 2.700 Personen. 6.487 Personen nahmen eine Erwerbstätigkeit auf, 557 mehr als vor einem Jahr (+9,4 %). 4.705 Personen gingen in Ausbildung oder eine sonstige Maßnahme über (+50,9 % zum Vormonat).

Langzeitarbeitslosigkeit

- In der Hauptstadtregion waren im September 106.635 Personen länger als ein Jahr arbeitslos. Das sind rund 910 weniger als im Vormonat (–0,8 %) und 3.989 mehr als vor einem Jahr (+3,9 %). Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit liegt bei 34,4 %, in Berlin bei 32,7 % und in Brandenburg bei 39,1 %.

Hinweis: Fachkräftepotenziale jenseits des perfekten Lebenslaufs

In Berlin und Brandenburg sind laut Regionaldirektion über 150.000 Fachkräfte arbeitslos gemeldet. Am 24. September fand im Rahmen unserer gemeinsamen Veranstaltungsreihe mit dem Arbeitgeber-Service Süd der Agentur für Arbeit das Webinar „Lebenslauf mit Ecken und Kanten“ statt. Unternehmen erfuhren dort, wie sie auch unter Menschen ohne „perfekten“ Lebenslauf geeignete Fach- und Arbeitskräfte finden und welche Fördermöglichkeiten für berufliche Weiterbildungen bestehen. Weitere Informationen bietet die gemeinsame Pressemitteilung von BA und UVB: [Fachkräfte sichern, bevor sie fehlen](#)

Thema im Fokus: Nach der Wahl – welche Weichen die möglichen Regierungsparteien für Arbeitsmarkt und Standort stellen

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 20. September hat die Kräfteverhältnisse in Berlin grundlegend verschoben. Die Linke wird mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen erstmals stärkste Kraft. Es folgen CDU (18,8 Prozent), AfD (16,3 Prozent), Grüne (14,3 Prozent) und SPD (12,1 Prozent). FDP und BSW scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Das neue Abgeordnetenhaus zählt 153 Sitze, für eine Mehrheit sind 77 Mandate erforderlich. Rechnerisch tragfähig sind damit vor allem zwei Dreierbündnisse: Linke, Grüne und SPD (91 Sitze) oder

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

CDU, Grüne und SPD (79 Sitze). Grüne und SPD sind in beiden Konstellationen gesetzt. Ihre Programmatik wird den Kurs der kommenden Legislaturperiode deshalb in jedem Fall maßgeblich mitbestimmen.

Auffällig ist, wie gering die Rolle der Wirtschaft für die Wahlentscheidung war. Nur elf Prozent der Wahlberechtigten nannten sie als ausschlaggebendes Thema; soziale Sicherheit und Wohnen lagen deutlich davor. Zugleich bewerten lediglich 22 Prozent die wirtschaftliche Lage in Berlin als gut, 2023 waren es noch 34 Prozent. Bei der Frage, welcher Partei die Befragten am ehesten zutrauen, die Wirtschaft voranzubringen, führt die CDU mit 24 Prozent (minus acht Punkte); ein Fünftel traut es keiner Partei zu. Für die Koalitionsverhandlungen folgt daraus, dass sich Standort- und Arbeitsmarktfragen nicht von selbst auf die Agenda setzen werden.

Die Schwerpunkte der vier Parteien

Die Linke will den Arbeitsmarkt am weitestgehenden regulieren. Landes- und Vergabemindestlohn sollen an die Eingangsstufe des TV-L gekoppelt werden, das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz soll erhalten bleiben und Wirtschaftsförderung an Tarifbindung geknüpft werden. Die Ausbildungsplatzumlage will sie bis zur vollständigen Erstattung der Ausbildungskosten ausbauen. Langzeitarbeitslosen will sie mit öffentlich geförderter Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen helfen. In der Wohnungspolitik setzt sie auf ein Vergesellschaftungsgesetz für rund 220.000 Wohnungen und einen Mietendeckel. Das Schneller-Bauen-Gesetz lehnt sie ab.

Die CDU rückt Entlastung in den Mittelpunkt. Dazu gehören eine „One in, two out“-Regel, die Genehmigungsfiktion und die Ablösung des Berliner Vergabegesetzes durch das Vergaberecht des Bundes. Einen Berliner Sondermindestlohn lehnt sie ab, die Ausbildungsplatzumlage stellt sie auf den Prüfstand. In der Fachkräftesicherung setzt sie auf einen ausgebauten Business Immigration Service, das beschleunigte Fachkräfteverfahren, ein Azubiwerk und Mitarbeiterwohnen. Bei Langzeitarbeitslosen betont sie Aktivierung, Arbeitsgelegenheiten und konsequente Leistungskürzungen.

Die Grünen fordern einen Landesmindestlohn von mindestens 16,50 Euro, eine verbindliche Arbeitnehmerkammer nach Bremer Vorbild und eine solidarische Ausbildungsplatzumlage. Bürokratie wollen sie abbauen, aber ohne Deregulierung; eine „One in, one out“-Regel sehen sie nicht vor. Bei der Fachkräftesicherung setzen sie auf die Erwerbspotenziale von Frauen und von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, auf eine Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an und auf einfachere Anerkennungsverfahren. Den Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen wollen sie umsetzen.

Die SPD strebt eine Tarifbindung von 80 Prozent an, will die Landesförderung daran knüpfen und Tariftreue sowie Vergabemindestlohn konsequenter durchsetzen. Die beschlossene Ausbildungsplatzumlage will sie umsetzen. Zur Arbeitnehmerkammer schlägt sie zunächst eine Machbarkeitsstudie vor.

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Ergänzend setzt sie auf einen dauerhaften Sozialpartnerdialog, auf öffentlich geförderte Beschäftigung und auf eine Internationalisierungsstrategie samt ausgebautem Business Immigration Service. Im Wohnungsbau verbindet sie das Ziel von 100.000 Wohnungen mit dem Verzicht auf ein Enteignungsgesetz.

Was die beiden Optionen für die Wirtschaft bedeuten

Beide Bündnisse unterscheiden sich nicht nur programmatisch, sondern schon in ihrer Statik. Ein Bündnis aus Linke, Grünen und SPD käme auf 91 Sitze und läge damit 14 Mandate über der Mehrheit von 77. Innerhalb der Koalition stünden die 45 Sitze der Linken den 46 Sitzen von Grünen und SPD nahezu gleichgewichtig gegenüber. Ein Bündnis aus CDU, Grünen und SPD käme auf 79 Sitze und hätte damit eine Mehrheit von nur zwei Stimmen. Die CDU stellte darin mit 33 Sitzen die größte Fraktion, ihre beiden Partner zusammen verfügten aber über mehr Mandate. Den Senat führen würde die CDU als nur zweitstärkste Kraft.

Auch der Rückhalt in der Bevölkerung fällt unterschiedlich aus. Ein Bündnis aus Linke, Grünen und SPD halten 46 Prozent der Wahlberechtigten für gut, 38 Prozent nicht. Eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD bewerten 33 Prozent als gut und 50 Prozent als nicht gut; unter den Grünen-Wählern fällt das Verhältnis mit 36 zu 49 Prozent ähnlich aus. Vor die Wahl gestellt, bevorzugen 47 Prozent einen Linken-geführten und 40 Prozent einen CDU-geführten Senat. Die Altersgruppen trennt diese Frage deutlich: Unter den 16- bis 34-Jährigen sprechen sich 64 Prozent für die Linke aus, unter den über 65-Jährigen 58 Prozent für die CDU. Eindeutig ist das Bild bei den Grünen-Anhängern, die zu 75 Prozent einen Linken-geführten Senat vorziehen. Die SPD-Anhängerschaft ist gespalten (50 Prozent CDU, 45 Prozent Linke).

Bei den Spitzenkandidaten liegt Elif Eralp (Linke) leicht vorn: 30 Prozent halten sie für eine gute Regierende Bürgermeisterin, 24 Prozent sagen dies über Stefan Evers (CDU). Im direkten Vergleich der Forschungsgruppe Wahlen liegt sie mit 36 zu 29 Prozent ebenfalls vorn, 21 Prozent wollen keinen von beiden. Einen Amtsbonus hat niemand. Unabhängig vom Bündnis würde damit ein weitgehend neuer und wenig regierungserfahrener Senat die Arbeit aufnehmen.

Programmatisch liegen die Parteien eines linken Bündnisses deutlich enger beieinander. Im Wahl-O-Mat beantworteten Linke und Grüne 32 der 38 Thesen gleich, SPD und Grüne 27, Linke und SPD 25. CDU und SPD kamen auf 22 Übereinstimmungen, CDU und Grüne auf 15.

Linke, Grüne und SPD

Für SPD und Grüne wäre dieses Bündnis die Rückkehr in eine Konstellation, die Berlin bereits bis 2023 regiert hat, nun aber unter Führung der Linken. Beide Partner haben ihre Verluste vor allem an die Linke erlitten: 57.000 frühere Grünen- und 39.000 frühere SPD-Wähler stimmten diesmal für sie.

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

In der Arbeitsmarktpolitik hätte dieses Bündnis die größte Schnittmenge, und zwar dort, wo die Wirtschaft die größten Belastungen sieht. Alle drei Parteien wollen die Ausbildungsplatzumlage umsetzen oder ausbauen. Alle drei setzen auf strengere Tarif- und Vergabeauflagen sowie auf einen eigenen Landes- oder Vergabemindestlohn. Eine Arbeitnehmerkammer wäre zumindest prüfbar. Bei der Langzeitarbeitslosigkeit setzen SPD und Linke gleichermaßen auf öffentlich geförderte Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen. Anknüpfungspunkte gibt es bei der Fachkräftesicherung: Die Grünen wollen eine Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an und einfachere Anerkennungsverfahren, die SPD den Ausbau des Business Immigration Service, die Linke eine Stärkung der Ausbildungsverbünde.

Für die Betriebe hieße das: höhere Arbeitskosten, zusätzlicher Nachweisaufwand und eine wachsende Distanz zu den Regeln im Nachbarland Brandenburg. In der Wohnungspolitik weicht die SPD von ihren Partnern ab: Sie verzichtet laut Wahlprogramm auf ein Enteignungsgesetz und setzt auf den „Bau-Turbo“, den die Linke ebenso ablehnt wie das Schneller-Bauen-Gesetz.

CDU, Grüne und SPD

Dieses Bündnis wäre für Berlin neu. Es würde die bisherige Koalition aus CDU und SPD um die Grünen erweitern, deren Programm der CDU unter allen drei Partnern am fernsten steht. Mit nur zwei Stimmen Vorsprung wäre die Koalition bei jeder Abstimmung auf nahezu alle eigenen Abgeordneten angewiesen.

Kompromisse bräuchte es vor allem bei den Instrumenten, die für die Betriebe den Ausschlag geben: Ausbildungsplatzumlage, Mindestlohn und Vergaberecht. Bei Ausbildungsplatzumlage und Mindestlohn stehen sich CDU auf der einen sowie SPD und Grüne auf der anderen Seite gegenüber; beim Vergaberecht verläuft die Trennlinie zwischen CDU und SPD. Zur Arbeitnehmerkammer vertreten die drei Partner drei verschiedene Positionen: Die CDU sieht keinen Bedarf, die SPD will eine Machbarkeitsstudie, die Grünen eine verbindliche Kammer. Auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit liegen die Ansätze auseinander: Die CDU betont Aktivierung und konsequente Leistungskürzungen, die SPD öffentlich geförderte Beschäftigung.

Größere Gemeinsamkeiten gibt es bei der Fachkräftegewinnung, wo CDU und SPD gleichermaßen den Business Immigration Service ausbauen wollen und die Grünen einfachere Anerkennungsverfahren fordern. Hinzu kommen Verwaltungsdigitalisierung und Planungsbeschleunigung. Im Wohnungsbau teilen CDU und SPD das Ziel von 100.000 Wohnungen und die Einführung einer Grundsteuer C. Die Grünen wollen dagegen den Enteignungs-Volksentscheid umsetzen und lehnen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes ab, die die CDU am Rand vorsieht. In der Energiepolitik wollen die Grünen das Erdgasnetz perspektivisch stilllegen, die CDU will es erhalten.

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de

Die Chance auf spürbaren Bürokratieabbau wäre in dieser Konstellation größer, der Spielraum für eine konsequente Entlastung angesichts zweier regulierungsfreundlicher Partner und einer knappen Mehrheit gleichwohl begrenzt.

Gemeinsamer Nenner und Erwartungen der Wirtschaft

Unabhängig von der Koalitionsfrage gibt es einen weitgehenden Konsens, an dem eine neue Landesregierung sofort ansetzen kann: Nahezu alle Parteien wollen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen und beschleunigen und die berufliche Bildung stärken. Hier ließen sich zügig Fortschritte erzielen.

Berlin und Brandenburg bilden einen einheitlichen Wirtschaftsraum. Jede Berliner Sonderregel bei Vergabe, Mindestlohn oder Abgaben trifft deshalb auch Betriebe und Beschäftigte im Umland. Unternehmen, die in beiden Ländern tätig sind, erschwert sie das Handeln zusätzlich.

Die Ausgangslage für die neue Landesregierung ist anspruchsvoll. Nur 16 Prozent der Befragten halten Berlin für gut auf die Zukunft vorbereitet (2023: 19 Prozent). 45 Prozent trauen keiner Partei zu, die Probleme der Stadt zu lösen. Zugleich bleibt die Arbeitslosenquote in Berlin mit 10,4 Prozent zweistellig, und die Zahl der Arbeitslosen liegt über dem Vorjahresniveau. Über die Ziele (Fachkräftesicherung, mehr Ausbildung, eine leistungsfähige berufliche Bildung) besteht zwischen den Parteien weitgehend Einigkeit. Messen lassen muss sich die künftige Koalition deshalb an den Instrumenten, mit denen sie diese Ziele erreichen will, und an den Kosten, die sie den Betrieben dabei abverlangt.

Quellen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Wahlanalyse zur Abgeordnetenhauswahl 2026 (auf Basis von Landeswahlleiter Berlin, Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen); Prof. Dr. Thorsten Faas; Bundesagentur für Arbeit

Verantwortlich
für den Inhalt:

Antonia Petersen

HAUS DER WIRTSCHAFT
Am Schillertheater 2
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 124
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240
www.uvb-online.de